

Nachrichten vom Landtage.

Zweihundert und sieben u. dreißigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer, am 6. Mai 1834.

(Beschluß.)

Fortsetzung der Berathung über das Subject des Staatsaufwandes. —
I. Bauetat. (Straßenbau.)

Abg. Hausner: In Bezug auf meinen Antrag bemerke ich Folgendes: Ich bin allerdings von der Wahrheit der Bemerkung durchdrungen, daß Jeder dasjenige am wichtigsten hält, was ihm am meisten bekannt ist. Ich kann das auch bei meinem Antrage nicht leugnen; es liegt der Gegenstand mir sehr nahe; aber die 3. Deputation hat diese Straße ebenfalls für zweckmäßig gefunden. Zudem habe ich keineswegs im Auge gehabt, daß dem Voigtlande große Vorzüge gewährt werden sollen; ich habe bloß die Gerechtigkeit und Billigkeit in Anspruch genommen; ein gerechter Anspruch ist es, wenn eine Stadt von 9000 Einwohnern, wie Plauen ist, wenigstens auf der einen Seite hinauskommen kann. Bis jetzt können wir auf der Straße nach Schleiß mit keiner Chaise fahren; wir müssen, wenn wir auf ebenem Wege fahren wollen, erst den Weg von sieben Stunden nach Hof und von da wieder sieben Stunden nach Schleiß machen; denn der gerade Weg dahin ist ein solcher, wo man Gefahr läuft, Hals und Bein zu brechen. Wenn in Rücksicht von Dörfern Straßen gebaut werden sollen, wie das im Deputationsgutachten angegeben ist, so sollte ich doch glauben, daß in Berücksichtigung eines Ortes, wie Plauen ist, doch eine Straße gebaut werden dürfte, die nicht mehr als 3 Stunden beträgt. Es ist auch das Interesse von Plauen nicht allein zu berücksichtigen, es geht auch von Böhmen aus das Fuhrwerk in jene Gegenden, es muß aber über Bayern, weil bei uns keine Straße vorhanden ist. Es sind 25,000 Thlr. für die Straße von Adorf bis Delsnitz festgesetzt; das ist zweckmäßig; denn es ist ein Weg, der ganz erbärmlich ist, man kann nicht darauf fortkommen und bleibt bei trockenem Wetter stecken. Die Verwendung dieser Summe ist schon deshalb nöthig, weil die Straße bis Adorf gebaut ist, und die Summen dafür rein verloren wären, wenn sie nicht fortgesetzt wird. Der Hr. Staatsminister hat erklärt, daß die Regierung der Centralpunct sei, wo alle verschiedenen Interessen erwogen und erörtert werden müßten.

Auch dieses gestehe ich zu, aber unser Voigtland giebt davon kein Beispiel und ich erlaube mir einen Beweis davon der Kammer vorzulegen. Wir haben die Chaussees, welche von Reichenbach über Hof nach Nürnberg führen und neben einander in einem Zwischenraume von einer halben Stunde laufen. Diese Straßen werden auch jetzt noch neben einander erhalten und ich bin überzeugt, daß, wenn man die Rechnungen ansieht und die

Summe in's Auge faßt, welche darauf verwendet worden, sich ein Deficit darstellen muß. Dann ist noch eine andere Chaussee in Antrag gekommen, die von Delsnitz nach Greiz geführt werden soll, sie bleibt aber jetzt liegen, weil kein Fuhrwerk darauf geführt wird und ich mache nur aufmerksam, daß auch da wieder die Regierung von den Unterbehörden getäuscht wurde. Denn von Delsnitz nach Plauen führt eine Chaussee, welche aus abgerundetem Kies besteht, und von Plauen geht eine Straße bis an die Schleißer Gränze; man hätte also nichts bedurft, als von Plauen aus die Straße zu chausseiren; aber nein, man hat eine Straße bis nach Elsterberg zu bauen angefangen und 2 Stunden davon abgebrochen; dann hat man in der Gegend von Plauen eine Brücke gebaut, wo schon in deren Nähe eine solche existirt. Ich bin allerdings überzeugt, daß ein solcher Muthwille von der höchsten Behörde nicht ausgegangen ist; aber von den Unterbehörden ist die Vorstellung so scheinbar richtig begründet worden, daß die Oberbehörde sich bewogen fand, darauf einzugehen. Ich glaube auch darum, wenn ich diesen Antrag gestellt habe, daß ich keineswegs das Interesse berücksichtige, was mir am nächsten liegt; ich stehe als Landtagsdeputirter da und wenn ich mir den Vorwurf machen könnte, daß ich etwas beantragt hätte, was nicht allgemeinen Nutzen gewährt, so müßte ich mich selbst verachten.

Abg. Nositz und Jänckendorf: Ich möchte mich doch gegen die zu sehr ins Specielle gehenden Anträge erklären; und will dieß durch ein Beispiel begründen. In einem Antrage ist gesagt, man möge die Staatsregierung ersuchen, daß auf die Chaussees keine Pappeln mehr gesetzt werden sollen. Ich bin überzeugt, daß dieß in den meisten Fällen ohnedieß nicht geschieht; ich kenne aber auch örtliche Verhältnisse, unter welchen nichts anderes möglich ist, als daß Pappeln gesetzt werden. Ueberhaupt ist doch zu bedenken, daß ständische Anträge immer Gewicht bei der Regierung haben sollen, gleichwohl würde, wenn sie nicht etwas allgemein Zweckmäßiges enthalten, das Gewicht geschwächt werden, welches auf ständische Anträge zu legen ist.

Referent: Der Antrag des Abg. a. b. Winkel hat zum Gegenstand, daß das Material aus dem Inlande genommen werde, und dann, daß man die Bauten licitire. Was den ersten Antrag betrifft, so ist bereits schon darauf entgegnet worden, was aber den 2. Antrag betrifft, so müßte ein Bauath bei der höchsten Behörde angestellt werden, der doch wohl nicht hinlänglich beschäftigt werden könnte. Ich glaube nicht, daß ein besonderer Bauath schlechterdings nothwendig sei. Wird von den Deputationen angeführt, daß sich dann der Erwerb unter Mehrere theile, so ist das noch immer zweifelhaft, es hängt